

# EU 2020 – realistischer als die Lissabon-Strategie?

Klaus Dräger

*»Hegel bemerkte irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.«*

Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, 1852

*»Look after the unemployment and the budget will look after itself.«*

John Maynard Keynes, Collected Works XXI, 1933

»EU 2020« – so lautet der nüchterne Titel für die neue wirtschaftspolitische Strategie der Europäischen Union. Sie soll für die nächsten zehn Jahre die Lissabon-Strategie (2000 – 2010) ablösen.

Die Vorschläge der EU-Kommission zu EU 2020 stießen auf ein breites Echo in den Medien. Ihre Bilanz zur Lissabon-Strategie blieb hingegen weitgehend unbeachtet.<sup>1</sup> In dieser Bilanz gibt sie zwar zu, dass die Ziele der Lissabon-Strategie bei weitem nicht erreicht wurden. Doch stünde die EU heute noch schlechter da, hätte es diese nicht gegeben. Letztlich sei es der unerwartete Einbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 – 2009 gewesen, der die zuvor mit der Lissabon-Strategie erreichten Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit zunichte gemacht habe.

Dass das eine (Krise) vielleicht etwas mit dem anderen (Lissabon-Strategie) zu tun haben könnte, kommt ihr nicht in den Sinn. Schließlich wurden mit der Lissabon-Strategie die Märkte in der EU liberalisiert, öffentliche Dienste privatisiert, Arbeitsmärkte dereguliert – und dies alles verschärfte die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben. So wurde auch durch »Lissabon« ein finanzmarktgetriebenes Akkumulationsmodell in der EU gefördert, das steigende Unternehmensgewinne und Vermögen in finanzwirtschaftliche Spekulationsblasen »investierte«. Der spekulationsgetriebene Boom in einer Reihe von EU-Ländern vor dem Absturz 2008 – Stichwort »keltische« und »baltische Tiger«, hohes Wachstum in Osteuropa, Spanien und Griechenland – wurde von EU-Kommission, Regierungen und Medien als Beleg für den Erfolg der Lissabon-Strategie gedeutet. So kann man sich irren, wie das Platzen der Blasen zeigte.<sup>2</sup>

Eine ausführliche Bilanzdiskussion zur Lissabon-Strategie fand nicht statt – weder im Rat, noch in den Medien oder gar einer breiteren Öffentlichkeit. Sie war von den EU-Eliten auch nicht erwünscht. Nach ihrer Deutung sei die Lissabon-Strategie vor allem daran gescheitert, dass die EU-Mitgliedstaaten sie zuhause zu wenig umgesetzt hätten. Auch sei sie mit zu ehrgeizigen Zielen überfrachtet gewesen. Dies wurde schon 2005 behauptet, als die ursprüngliche Strategie aus dem Jahr 2000 nach offensichtlichen Misserfolgen inhaltlich abgespeckt und mit Konzentration auf »Wachstum und Beschäftigung« neu gestartet wurde.<sup>3</sup>

## **EU 2020: Drei Schwerpunkte, fünf Ziele, sieben EU-Leitinitiativen**

Nun heißt es bei EU 2020 erneut: Weniger und realistischere Ziele sollen die neue wirtschaftspolitische Strategie bestimmen. Sie konzentriert sich auf die drei Schwer-

punkte intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Es gehe also um die Förderung von Wissen und Innovation, einer emissionsarmen, Ressourcen schonenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft sowie um ein hohes Beschäftigungsniveau mit sozialem und territorialem Zusammenhalt. Die alten Mantras der Lissabon-Strategie (Wachstum & Wettbewerbsfähigkeit, Informationsgesellschaft) weisen also auch weiterhin die Richtung. Sie werden nun vordergründig auf »ökologische Modernisierung« gepolt.

Der EU-Frühjahrgipfel am 26. 3. 2010 hat auf Vorschlag der EU-Kommission fünf Ziele für die neue Strategie beschlossen. Darunter sind die altbekannten Vorgaben der Lissabon-Strategie, eine Beschäftigungsquote von 75% zu erreichen und die Forschungsausgaben in der EU von 1,9% auf 3% ihres Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Weiterhin wurden die bereits beschlossenen Klima- und Energieziele der EU bestätigt: Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20% gegenüber dem Stand von 1990, Einsparung von Energie um 20% und Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger auf 20%.

Die Europäische Kommission hatte hingegen auch Ziele im Bildungsbereich vorgeschlagen: Bis 2020 solle der Anteil der Schulabbrecher auf unter 10 % zurückgehen, und 40 % der jungen Menschen sollten eine Hochschulausbildung absolvieren. Ferner solle die Zahl der Armen um 25% sinken. Zu Bildung und Armut haben die EU-Staats- und Regierungschefs sich nicht auf quantitative Zielvorgaben verständigen können. Endgültig soll darüber auf dem EU-Gipfel am 17. und 18. 6. 2010 entschieden werden.

Insbesondere der deutsche Bundesrat hatte sich gegen quantifizierte Bildungsziele mit dem Argument ausgesprochen, dass dies das Subsidiaritätsprinzip und die Zuständigkeiten der deutschen Bundesländer verletze. Deutschland, Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei waren auch dagegen, die Zielvorgaben der Kommission zur Armutsbekämpfung zu akzeptieren. Die Kommission soll für den Juni-Gipfel Vorschläge für geeignete Armutsindikatoren vorlegen. Damit stellt sich die Frage, wie Armut künftig definiert werden soll und ob es bei der bisher in der EU akzeptierten Armutsrisikoschwelle (60% des nationalstaatlichen Medianeinkommens) bleibt.<sup>4</sup>

Dieser Streit um die Armutsbekämpfung lässt tief blicken. Die portugiesische Ratspräsidentschaft wollte die EU in 2000 schließlich auf das Ziel verpflichten, bis 2010 die »Armut zu überwinden«. Der EU-Gipfel von Nizza im Dezember 2000 beschloss, »die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen.« Das wurde damals von vielen so interpretiert, als ginge es der EU um eine Halbierung der Armut. Die von der Kommission vorgeschlagenen Ziele dazu fallen gegenüber den Debatten der vergangenen Periode (2000 – 2010) zurück. Und selbst diese gehen vielen EU-Regierungen noch deutlich zu weit.

Neu gegenüber »Lissabon« ist somit zunächst, dass die EU-Klima- und Energieziele sowie der Kampf gegen Armut symbolisch innerhalb von EU 2020 »anerkannt« werden. Vorher waren sie auf Koordinierungsprozesse außerhalb der eigentlichen Lissabon-Strategie ausgelagert.

Umwelt- und Sozialverbände beklagen, dass nicht nur die Armutsziele zu wenig ehrgeizig sind. Sie forderten eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40% und einen Anteil der Versorgung mit erneuerbaren Energieträgern von 35% bis 2020. Darüber hinaus warfen sie der EU 2020 Strategie vor, insbesondere bei den »großen

Brocken« im Umweltbereich (Artenschutz, Reform der Agrar- und Fischereipolitik, Ressourceneinsparung usw.) keinerlei Vorgaben zu liefern. Damit sei das langfristige Ziel einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung durch EU 2020 kaum unterfüttert.

Das trifft sicher zu. Wichtiger ist jedoch: EU 2020 hält weiter an der Orientierung auf »mehr Wettbewerbsfähigkeit« durch Liberalisierung und Privatisierung im EU-Binnenmarkt und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte fest. Dies wird sowohl bei den weiteren Beschlüssen des EU-Frühjahrgipfels als auch bei den dort noch nicht behandelten Vorschlägen der EU-Kommission für sieben EU-Leitinitiativen zur Unterstützung von EU 2020 deutlich.

Die Leitinitiativen haben eine ähnliche Funktion, wie das ehemalige »Lissabon-Gemeinschaftsprogramm«. Es geht z. B. um eine *Innovationsunion*, die das Gemeinschaftspatent stärken sowie Forschung und Entwicklung besser auf schnelle Vermarktbarkeit ausrichten soll. *Jugend in Bewegung* will die EU-weite Mobilität von Studenten und jungen Fachkräften anschieben. Der Unternehmergeist soll in Bildung und Hochschule stärker gefördert werden, unter anderem durch Exzellenzinitiativen, Eliteunis, globales Ranking und Öffentlich-Private-Partnerschaften. Eine *Digitale Agenda für Europa* soll den Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Internet und des elektronischen Handels voranbringen. Auch bei den Leitinitiativen *Ressourcenschonendes Europa* und *Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung* sind die Förderung von Unternehmergeist und »Wettbewerbsfähigkeit« zentrale Leitmotive.

Bei der *Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten* geht es weiterhin um eine »Modernisierung der Arbeitsmärkte« nach dem Flexicurity-Ansatz und die »Nachhaltigkeit der Sozialmodelle« – also weitere »Strukturreformen« der sozialen Sicherungssysteme. Die *Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut* wurde nach dem EU-Frühjahrgipfel von der Kommission bereits heruntergekocht.<sup>5</sup> Laut ihrem Arbeitsprogramm für 2010 wird diese Initiative »Empfehlungen dazu geben, wie gewährleistet werden kann, dass Wachstum und Beschäftigung möglichst vielen Menschen zugute kommen. Menschen in Armut sollen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.«

Der EU-Frühjahrgipfel beschloss, dass weitere Gesichtspunkte bei EU 2020 einbezogen werden sollen. Erstens sollen alle Gemeinschaftspolitiken – auch die Agrar- und Kohäsionspolitik – die Strategie unterstützen. Zweitens sollen Produktivitätssteigerung, makro-ökonomische Entwicklungen, Strukturreformen im Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, Ausbau der Infrastruktur und die Eindämmung von Finanzmarktrisiken bei der Weiterentwicklung der Strategie beachtet werden. Drittens sollen Engpässe, die das Wirtschaftswachstum bremsen können, gezielt aufgelöst werden – dies betrifft die Vertiefung des EU-Binnenmarkts und Infrastruktur. Viertens soll EU 2020 eine »starke externe Dimension« erhalten. Dafür seien EU-Instrumente und Politiken zu entwickeln, um »unsere Interessen und Positionen« weltweit auf »fairen und offenen Märkten« besser durchzusetzen.

Dies hat die EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm 2010 bereits dankbar aufgegriffen. So strebt sie z. B. eine Vertiefung und »Neuordnung des Binnenmarkts« an und will im Januar 2012 ein Maßnahmenpaket dazu vorschlagen. Eine bessere Um- und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, vor allem der EU-Dienstleistungsrichtlinie, wird angestrebt. Ebenso wird eine Vertiefung der marktliberalen Handelsagenda (Global Europe) angekündigt.

EU 2020 bleibt den Hauptlinien der Lissabon-Strategie also treu: Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Dies gilt selbst für deren »grüne« Komponenten. Klimaschutz, Verkehrs- und Energiepolitik sollen stets durch marktwirtschaftliche Instrumente vorangetrieben werden und vor allem die internationale Wettbewerbsposition der EU verbessern.

Ähnlich wie bei den Klima- und Energiezielen der EU sollen auch bei EU 2020 die europäischen Ziele auf die Nationalstaaten heruntergebrochen werden. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, sich eigene Ziele zu setzen, die in der Summe dann die EU-Ziele als erreichbar erscheinen lassen. Ansonsten wird EU 2020 auf die gleiche Weise gesteuert, wie schon die Lissabonstrategie. Die Mitgliedstaaten sollen »nationale Reformprogramme« erarbeiten, deren Umsetzung dann von Kommission und Rat begutachtet und mit länderspezifischen Empfehlungen und »Warnungen« begleitet wird.

### **EU 2020 und die EU-Ausstiegsstrategie**

Bereits Ende 2009 hatte die EU eine so genannte Ausstiegsstrategie beschlossen. Die Mitgliedstaaten sollen ihre Konjunkturprogramme spätestens 2011 beenden und sich auf einen zügigen Abbau der infolge von Krise und Bankenrettung stark angewachsenen Haushaltsdefizite und Staatsschulden konzentrieren. Auch der EU-Haushalt soll eher gekürzt, bestenfalls aber auf dem aktuellen Niveau eingefroren werden. 20 der 27 EU-Staaten haben bereits die »blauen Briefe« aus Brüssel erhalten und sollen in einer Phase anhaltender wirtschaftlicher Stagnation die Haushaltsdefizite durch drastische Kürzungen bis 2013 auf unter drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zurückführen.

Fast alle Mitgliedstaaten haben bereits Maßnahmen ergriffen, um einerseits öffentliche Investitionen, Renten, die Gehälter im öffentlichen Dienst und vieles mehr zu kürzen sowie die Löhne zu drücken. Andererseits haben sie Mehrwertsteuern und Sozialabgaben sowie das Renteneintrittsalter angehoben oder planen dies. Sozialdemokratisch geführte Länder wie Spanien, Portugal, Griechenland und Großbritannien tragen diesen Kurs ebenso mit wie EU-Länder mit konservativ-liberalen oder noch rechteren Regierungen. Die EU-Kommission hat viele Länder unlängst zu noch tieferen Einschnitten aufgefordert, da ihre »Stabilitätsprogramme« auf zu optimistischen Annahmen über das mögliche Wirtschaftswachstum bis 2013 beruhen.<sup>6</sup> Durch diese deflationäre Politik in Europa droht ein erneuter Rückfall in die Rezession.

Laut den Beschlüssen des EU-Frühjahrgipfels sollen die EU-Ausstiegsstrategie und EU 2020 in getrennten Verfahren behandelt werden. Die Kommission hatte hingegen eine gemeinsame Überwachung beider Strategien vorgeschlagen. Dies war von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zuvor scharf kritisiert worden: die Politik der Haushaltskonsolidierung müsse Vorrang vor EU-Strategien für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit haben. Eine Vermengung von beiden würde zu einer gefährlichen »Politisierung« der Debatten führen und die Bemühungen zum zügigen Schuldenabbau konterkarieren. Die deutsche Position hat sich schließlich durchgesetzt.

Wenn in den kommenden Jahren öffentliche Ausgaben und Investitionen aber in nie gekanntem Ausmaß zurückgestutzt werden: Woher sollen dann die Investitionen für Forschung, Klima und Energie, Armutsbekämpfung usw. kommen, um die EU

2020 Ziele realistisch erreichen zu können? Von der europäischen Privatwirtschaft sicher nicht, die weiter mit schwacher Kapazitätsauslastung und Kreditklemmen zu kämpfen hat. Im Vergleich zum Start der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 entpuppen sich so selbst die abgespeckten Ziele von EU 2020 von Beginn an als illusorisch.

Aus dem Europäischen Gewerkschaftsbund mehren sich die Stimmen, die EU 2020 deshalb eher für Zeitverschwendung halten. Statt flauer Formelkompromisse über eine 10-Jahresstrategie, die doch nichts bringt, drängt der EGB auf ein wirksames Anti-Krisen-Programm für die nächsten fünf Jahre, um die Stagnation zu überwinden. Das Kontrastprogramm des EGB lautet: weitere Konjunkturstützung zumindest für die nächsten drei Jahre, durch ein sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm der EU von jährlich 1% des EU-BIP, eine harte Politik der Reichtumsumverteilung in den Mitgliedstaaten von oben nach unten, entschiedene Schritte zur Regulierung der Finanzmärkte, Eurobonds, eine allgemeine Finanzmarkttransaktionssteuer und vieles mehr.<sup>7</sup>

Frei nach Marx und Hegel erweist sich EU 2020 als Farce. Alle Merkmale einer Tragödie hat die EU-Ausstiegstrategie, die mitten in der Krise ungebrochen am Sado-Monetarismus des Stabilitäts- und Wachstumspakts festhält. Private Unternehmen und Banken wurden vorm bevorstehenden Krisenkollaps durch Milliardenhilfen aus Steuermitteln bewahrt. An den daraufhin explodierenden Staatschulden verdienen nun dieselben Finanzinvestoren, die zuvor vor den Folgen ihrer Fehlspekulationen gerettet wurden. Um Kredite zu bedienen, sollen Lohnabhängige und Rentner nun noch einmal geschöpft werden und sozialstaatlichen Schutz und Leistungen verlieren. Ernsthaften Widerstand dagegen gibt es bislang nur in den südlichen Ländern der EU – in »Kerneuropa« herrscht bleierne Passivität.

## Anmerkungen

- 1 Europäische Kommission: Europa 2020; [http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/complet\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/complet_de.pdf), und Europäische Kommission: Bewertung der Lissabon-Strategie; [http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/lisbon\\_strategy\\_evaluation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/lisbon_strategy_evaluation_de.pdf)
- 2 vgl. Klaus Dräger und Andreas Wehr: Die EU und die Krise – die »ewige Wiederkehr des Gleichen«, [http://www.dielinke-europa.eu/fileadmin/PDF/MEP\\_Materialien/Sozialismus\\_Supplement\\_01-2010\\_Netz.pdf](http://www.dielinke-europa.eu/fileadmin/PDF/MEP_Materialien/Sozialismus_Supplement_01-2010_Netz.pdf)
- 3 vgl. Dräger, Klaus (2005) Jedem eine zweite Chance? Lieber nicht. Die Lissabon-Strategie der EU und ihr »Neubeginn«; in: Etzezarreta/Grahl/Huffschmid/Mazier u. a.: Euromemo 2004, VSA-Verlag Hamburg
- 4 Die geltende EU-Definition für die Armutsrisikoschwelle wird auch aus den Gewerkschaften heraus kritisiert. Sie betrachte nur die rückläufige Einkommensentwicklung bei der unteren Hälfte der Einkommen (60% von 50%), und lasse die weitaus dynamischere Entwicklung in der oberen Einkommenshälfte außer Betracht. Vgl. <http://www.boeckler-boxen.de/1789.htm> Die im EU-Rat weitaus mächtigeren konservativen Kräfte wollen hingegen die Armutsdefinition so fassen, dass eher nur »extreme Armut« als wirkliche Armut gilt.
- 5 Siehe das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2010: Jetzt handeln!; [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/documents/pdf/20100331\\_1a\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/documents/pdf/20100331_1a_de.pdf)
- 6 siehe <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/288>
- 7 siehe [http://www.etuc.org/IMG/pdf\\_Message-to-Spring-Summit-FINAL.pdf](http://www.etuc.org/IMG/pdf_Message-to-Spring-Summit-FINAL.pdf) und <http://www.etuc.org/a/7052>